

# Auftragseingang im ostdeutschen Maschinenbau: Unerwartet starker Dezember rettet Jahresbilanz 2023



**Leipzig, 02.02.2024.** Der ostdeutsche Maschinen- und Anlagenbau hat das Jahr 2023 mit einem überdurchschnittlich hohen Auftragseingang abgeschlossen. Das deutliche Dezember-Plus beeinflusst auch die Jahresbilanz positiv. Eine konjunkturelle Erholung ist dennoch nicht in Sicht.

Im Dezember 2023 bestellten die Kunden insgesamt preisbereinigt 95 Prozent mehr Maschinen, Anlagen, Komponenten und Dienstleistungen als im Vorjahresmonat. Diese Steigerung ist ausschließlich auf die Auslandsorders zurückzuführen, die um 136 Prozent zulegten. Die Binnennachfrage blieb dagegen wie schon zuletzt schwach (minus 9 Prozent). "Ein Auftragsplus in dieser Größenordnung ist nicht alltäglich. Leider profitiert davon nicht die gesamte ostdeutsche Branche. Einige wenige Unternehmen haben Großaufträge an Land gezogen und damit die Zahlen maßgeblich angekurbelt", erklärt Oliver Köhn, Geschäftsführer des VDMA Ost.

Für das Gesamtjahr 2023 steht ein Auftragsplus von real 7 Prozent gegenüber 2022 in den Büchern. Während die Maschinenbau-Betriebe deutlich mehr Aufträge aus dem Ausland erhielten (plus 14 Prozent), gingen spürbar weniger Aufträge aus dem Inland (minus 15 Prozent) ein. "Die Jahresbilanz fällt nur aufgrund der starken Dezember-Zahlen positiv aus. Viele Firmen berichten stattdessen von einer schwierigen Auftragslage. Kunden zögern ihre Kaufentscheidungen hinaus und verschieben oder stornieren fest eingeplante Projekte", sagt Köhn.

Die Gründe für die fehlende Nachfrage sind vielfältig. Der Landesverbands-Geschäftsführer nennt vor allem die schwache Weltwirtschaft, die geopolitischen Krisenherde, Deutschlands Haushaltskrise in den vergangenen Monaten und den

Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung. "Dieser Mix an schwerwiegenden Problemen hat zu einer ernstzunehmenden Absatzkrise geführt. Die unsicheren Rahmenbedingungen lassen zudem keine schnelle Trendwende zu. Umso wichtiger ist, die Unternehmen wirksam zu entlasten und das Wachstumschancengesetz zügig zu verabschieden", betont Köhn.